

# Donau-Institut Working Papers

Ákos Kárbin

## Die Währungsreformen des Deutschen Reichs 1871-1873 und der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1892-1914 im Vergleich

Donau-Institut Working Paper Nr. 3

2012

ISSN 2063- 8191

Ákos Kárbin:

*Die Währungsreformen des Deutschen Reichs 1871-1873 und der  
Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1892-1914 im Vergleich*



**Ákos Kárbin**

*Die Währungsreformen des Deutschen Reichs 1871-1873 und der Österreichisch-Ungarischen Monarchie  
1892-1914 im Vergleich*

Donau-Institut Working Paper Nr. 3

2012

ISSN 2063-8191

Edited by the Donau-Institut, Budapest.

This series presents ongoing research in a preliminary form. The authors bear the entire responsibility for papers in this series. The views expressed therein are the authors', and may not reflect the official position of the institute. The copyright for all papers appearing in the series remains with the authors.

Author's adress and affiliation:

*Ákos Kárbin*

Doktorand an der Eötvös Loránd Universität Budapest

E-Mail: Kárbinakos@gmail.com

© by the author(s)

## Inhalt

1. Einführung .....	1
2. Österreichisch-deutsche gemeinsame Vergangenheit: der „Vereinsthaler“ (1857) .....	2
3. Die Lateinische Münzunion .....	3
4. Die Pariser Münzkonferenz im Jahr 1867 .....	4
5. Die Währungsreform des Deutschen Reiches 1871-1873 .....	5
6. Die Währungsreform der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1892-1914 .....	6
7. Vergleichende Analyse .....	9

## 1. Einführung\*

Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts gilt als eine Zeit der wirtschaftlichen Globalisierung. Im internationalen Warenaustausch propagierte insbesondere Großbritannien den Freihandel, der sich durch das Cobden-Chevalier-Abkommen aus dem Jahr 1860 zwischen Frankreich und Großbritannien auch durchsetzte. Das Abkommen beinhaltete auch die Meistbegünstigungsklausel, die besagte, dass in multilateralen Abkommen, der jeweils günstigste bilaterale Tarif automatisch auf alle Partner anzuwenden sei. Der internationale Warenverkehr beflügelte auch den internationalen Kapitalverkehr. Darin fungierte das britische Pfund als die am meisten verwendete Währung; der Pound Sterling war in der Praxis die Weltwährung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges.

Der Wert des Pfundes – wie der aller anderen Währungen, von denen in diesem Aufsatz die Rede sein wird – basierte auf Reserven in Edelmetallen. Dies waren Silber und Gold. Im späten 18. Jahrhundert und insbesondere nach den napoleonischen Kriegen war Großbritannien bestrebt, die Reserven zur Gänze auf Gold umzustellen.<sup>1</sup> In anderen Worten: es erfolgte ein Wechsel von einem bimetallischem zu einem monometallischem System.<sup>2</sup> Der Goldstandard, den Großbritannien nun prägte, führte im internationalen Zahlungsverkehr zu Schwankungen, weil die Handelspartner entweder silberbasierte oder bimetallisch gesicherte Währungen verwendeten.<sup>3</sup> Der freie Austausch des Goldes führte demnach oft zu Schwankungen im internationalen Geldsystem, wobei die Partner oft unterschiedlich auf diese Schwankungen des Marktes reagierten.<sup>4</sup> Der Goldstandard wie auch die Teilnahme am internationalen Handels- und Kapitalverkehr stellten eine zumindest zweifache Herausforderung für die Länder des deutschen Sprachraums dar, da die Währungen oft silberbasiert oder bimetallisch gesichert waren und später die Absicht einer Umstellung auf Goldstand bestand,

---

\* Der Autor wurde im Rahmen des Projektes TÁMOP-4.2.2/B-10/1-2010-0015 unterstützt.

<sup>1</sup> White, Eugene N., *A Tale of Two Currencies: British and French Finances During the Napoleonic Wars*, In: *The Gold Standard and Related Regimes, Collected Essays*, Editor: Bordo, D. Michael, (Cambridge: Cambridge University Press 1999) 376

<sup>2</sup> T. Iván Berend, György Ránki, *Európa gazdasága a 19. században 1780-1914* [Europas Wirtschaft im 19. Jahrhundert 1780-1914] (Budapest: Gondolat Kiadó 1987) 78.

<sup>3</sup> Scammell, W. M., *The working of the gold standard*, In: *The gold standard in the history*, (New York – London: Methuen 1985) 103.

<sup>4</sup> Bánif Tamás: *Valutárfolyam- elmélet és – politika* [Wechselkurs- Theorie und - Politik], (Budapest Közgazdasági és jogi Könyvkiadó 1981) 25.

und weil gleichzeitig Prozesse der wirtschaftlichen und politischen Integration stattfanden, in denen vielerlei wirtschaftliche und politische Interessen ausgeglichen werden mussten.

In diesem Aufsatz analysiere ich aus den Zeiten vor der deutschen Einheit die Währungspolitik des stärksten deutschen Staates, des Königreichs Preußen, sodann, ab 1871, die der kaiserlichen Verwaltung. In meiner Arbeit möchte ich kurz die Währungsreform des Deutschen Reiches und seine Voraussetzungen skizzieren. Dann werde ich das gleiche mit Bezug auf die Österreichisch-Ungarische Monarchie tun und die erhaltenen Ergebnisse nach bestimmten Gesichtspunkten miteinander vergleichen. In meiner Forschungsarbeit suche ich die Antwort auf die folgenden Fragen: 1. Was versteht man unter der deutschen „Münzreform“ und was bedeutet die österreichisch-ungarische „Valuta-Regulierung“? 2. Was nennen wir „hinkendes Goldwährungssystem“ und wie hat es in den Reichen funktioniert? 3. Was für eine Rolle haben die nationalen Banken in diesen Systemen gespielt?

## **2. Österreichisch-deutsche gemeinsame Vergangenheit: der „Vereinsthaler“ (1857)**

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die innenpolitischen Ereignisse in vielen Fällen von den außenpolitischen Ereignissen geformt. Daneben spielte das Geld- und Bankensystem eine wichtige Rolle. Vor der deutschen Einheit, ab den 1850er bis 1860er Jahren strebte das Königreich Preußen zur Zentralisierung, deren wichtigstes Element die Idee war, das Geldsystem zu vereinigen. In den Konflikten zwischen den großen Mächten war die Sprache der Kraft das militärische Potential. Eines muss aber klar gesehen werden: diejenige Macht hatte militärische Kraft, die finanziell potent und deren Staatshaushalt in Ordnung war. Dazu ist der seit 1834 funktionierende Zollverein (1834-1871) ein gutes Beispiel, da durch ihn ein Handels- und Wirtschaftskonzept verwirklicht wurde. Der Zollverein weckte mit seiner zielbewussten und kraftvollen Tätigkeit die Interessengleichheit der betroffenen Staaten auf wirtschaftlichem Gebiet. Bis zur Geburt der Einheit vollzog sich in der Tätigkeit des Zollvereins ein ernster politischer und wirtschaftlicher Integrationsprozess.

Die deutsche Historiographie hielt die preußischen Dominanzbestrebungen innerhalb des Zollvereins lange für bedeutend. Es erschien jedoch eine andere Betrachtungsweise, die die These der preußischen Dominanz nicht befürwortet. Marko Kreutzmann (Friedrich-Schiller-Universität Jena) stellte in seiner Studie die sich in den deutschen Staaten abspielenden politischen und

wirtschaftlichen Integrationsprozesse vor.<sup>5</sup> Anhänger der klein- wie der großdeutschen Lösung der nationalen Einheit diskutierten unterschiedliche Handels- und Währungskonzepte.<sup>6</sup> Das wichtigste Element dabei war, dass Österreich dem deutschen Zollverein nicht beitrat. Am 12. Februar 1853 unterschrieben jedoch die zwei großen Mächte Österreich und Preußen einen Handelsvertrag, der besagte, dass die deutschen Gebiete Österreichs dem Verbund beitreten können.<sup>7</sup> Das ist hinsichtlich der Währungspolitik sehr bedeutend, da Österreich, mit interessierten Staaten des Zollvereins (Sachsen, Bayern, Hannover, Württemberg, Baden, Hessen und Frankfurt am Main) und den Vertretern von Liechtenstein 1856-1857 lange darüber verhandelten, ein gemeinsames Geld herzustellen, das sie in ihren Staaten als gesetzliches Zahlungsmittel gegenseitig akzeptieren würden, um so ihre Handelsbeziehungen enger zu gestalten.<sup>8</sup> Sie schlossen am 24. Januar 1857 die so genannte Wiener Münzkonvention ab. Aufgrund dieser begannen sie „Vereinsthaler“-Münzen zu prägen.<sup>9</sup> Das Wesentliche dieser Münzkonvention war, dass sie als silberbasiertes Geldsystem galt, das heißt, von diesem Punkt an entschieden sich die oben genannten Staaten für die „reine Silberwährung“.<sup>10</sup> Neben dem Silbergeld prägten sie zu Handelszwecken auch Goldmünzen, aber sie konnten wegen des europäischen Trends zur Goldwährung dem internationalen Handelssystem, zu dem das silberbasierte preußische Geldsystem nicht passte, nicht beitreten. In den 1860er Jahren kamen – trotz der Gegensätze zwischen den deutschen Staaten – die starken Bestrebungen nach der Schaffung der nationalen Einheit zur Entfaltung. Das stärkste deutsche Königreich, Preußen, und das Österreichische Kaiserreich kämpften bis 1864 Hand in Hand gegen das Königreich Dänemark, sodass die Preußen Schleswig-Holstein erwerben konnten. Österreichs Lage änderte sich, und das Kaisertum Österreich befand sich 1866 in einem verschärften Konflikt gegenüber Preußen, in dem es eine Niederlage erlitt.<sup>11</sup>

---

<sup>5</sup> Kreuzmann, Marko: Bürokratische Funktionseliten und politische Integration im Deutschen Zollverein (1834-1871). In: *Historische Zeitschrift*. 288/3 (2009) 613.

<sup>6</sup> Thomas J. Hagen, *Wirtschaftspolitische Bestrebungen Österreichs nach 1848. Alternative zum (Klein-) Deutschen Zollverein?* In: *Der Deutsche Zollverein. Ökonomie und Nation im 19. Jahrhundert*, hrsg. Hans-Werner Hahn – Marko Kreuzmann, (Köln – Weimar – Wien: Böhlau Verlag 2012) 261-262.

<sup>7</sup> Hahn, Hans-Werner, *Geschichte des Deutschen Zollvereines*, (Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht Verlag 1984) 149.

<sup>8</sup> Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin (im Folgende GStAPK) I. Ha Rep. 151. Finanzministerium IA. Nr. 2109, 2110, 2011.

<sup>9</sup> Otto, Frank, *Die Entstehung eines nationalen Geldes. Integrationsprozesse der deutschen Währungen im 19. Jahrhundert*, (Berlin: Duncker & Humblot Verlag 2002) 194.

<sup>10</sup> Brandt, Harm-Hinrich, *Der Österreichische Neoabsolutismus: Staatsfinanzen und Politik 1848-1860. Band 2.* (Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht Verlag 1978) 726.

<sup>11</sup> Zimmer, Frank, *Bismarcks Kampf gegen Kaiser Franz Joseph. Königgrätz und sien Folgen.* (Graz – Wien – Köln: Verlag Styria 1996) 125.

### 3. Die Lateinische Münzunion

Infolge der Entdeckung der Goldfelder in Kalifornien und Australien strömte eine große Menge Gold in Europa ein. Dies führte zu Inflation.<sup>12</sup> Der Wert des Goldes sank gegenüber dem Silber deutlich infolge des Einströmens, das heißt diejenigen Staaten, die über Silber in deutlicher Menge verfügten, konnten ihr silberbasiertes Währungssystem ausbauen. Die steigende wirtschaftliche Entwicklung und der florierende internationale Handel verursachten einen Boom, der auch auf die Welt des Geldes Auswirkungen hatte. Die Fachleute spürten die Notwendigkeit eines Geldes, dessen Metallinhalt den Geldeinheiten anderer Länder ähnlich sein sollte, damit die Umrechnung im Handel restlos und leichter erfolgen konnte. So entwickelte sich in den 1850er Jahren der Gedanke des ‚internationalen Geldes‘. In den 1860er Jahren probierte Frankreich eine alternative Lösung zur Goldwährung. Am 23. Dezember 1865 gründeten Frankreich, Belgien, Italien und die Schweiz die so genannte Lateinische Münzunion.<sup>13</sup> Die Gründung der Union wurde von den Belgiern angeregt und die Franzosen förderten den Gedanken. In den Anfangsphasen der Verhandlungen gab es einige Meinungsverschiedenheiten, vor allem, dass bis auf Frankreich sämtliche Gründungsstaaten den Goldwert als Basis nahmen. Auch französische Fachleute monierten diesen Umstand, aber die Regierung in Paris bestand auf dem Doppelwert, das heißt auf Bimetallismus.<sup>14</sup> Eine Vereinbarung wurde geboren, nach der das Geldsystem auf Silber basierte, wobei die Prägung nach dem Frankensystem erfolgte.

In diesen Ländern war nominal ein Bimetall-Geldsystem, aber das kalifornische und australische Goldfieber erhöhte das allgemeine Preisniveau, das im Vergleich zu Silber das Gold verbilligte. Die Lateinische Münzunion funktionierte als eine Lösungsmöglichkeit zur Stabilisierung der Währung, wobei die Mitgliedstaaten de facto auf die Silberwährung umstellten.<sup>15</sup> Das heißt auch, dass die Staaten der Lateinischen Münzunion die Silberwährung stabilisierten, die auf latente Weise die Großmachtbestrebungen von Frankreich auf dem europäischen Kontinent sicherten. Die in den

---

<sup>12</sup> Hobsbawm, Eric J., *A tőke kora 1848-1875. [Das Zeitalter des Kapitals]* (Budapest: Kossuth Könyvkiadó 1978) 36.

<sup>13</sup> Greul, Robert, *Die Lateinische Münz-Union. Eine völkerrechtsgeschichtliche Studie*, (Berlin: Ferd. Dümmlers Verlagsbuchhandlung 1926) 25.

<sup>14</sup> *Az 1892. márczius havára összehívott valuta-enquête irományai. A nevezetesebb külföldi államok valutaügyének és jegybankrendszerének leírása és azokra vonatkozó legfontosabb törvények.* [Die Schreiben der auf März 1892 einberufenen Währungs-Enquête-Kommission. Beschreibung der Währungsangelegenheiten und Notenbanksysteme der namhafteren ausländischen Staaten und die diesbezüglichen Gesetze], (Budapest: Magyar Királyi Pénzügyministerium 1891) I. kötet. [Band 1], 104.

<sup>15</sup> Cameron, Rondo, *A világgazdaság rövid története a kőkorszaktól napjainkig.* [Die kurze Geschichte der Weltwirtschaft von den Anfängen bis zur Gegenwart], (Budapest: Maecenas Könyvkiadó 1994) 341.

Ländern der Union emittierten Gold- und Silbermünzen sollten bei jeder Zahlung akzeptiert werden. Das Wertverhältnis von Gold und Silber wurde mit eins zu 15,5 festgelegt.<sup>16</sup> Frankreich forderte nach dem Abschluss des Vertrages die europäischen Länder und die Vereinigten Staaten auf, sich der Lateinischen Münzunion anzuschließen und legte einen Vorschlag zur Vorbereitung einer internationalen Geldeinheit vor. Der französische Staat hatte jedoch keine Möglichkeit, auf die Gesetzgebungsmethodik anderer Länder Einfluss zu nehmen. Zum Beispiel war das Gold-Silber Wertverhältnis in den Niederlanden eins zu 16,25, in den USA eins zu 15,98.<sup>17</sup> Der Lateinischen Union trat später nur Griechenland bei. Andere Staaten, wie zum Beispiel Spanien, Serbien, Rumänien und nicht zuletzt Österreich, das am 31. Juli 1867 als Mitgliedstaat beitrug, gehörten nur teilweise oder nominell zum Verbund.<sup>18</sup> Die Mitgliedschaft der Monarchie wurde nie ratifiziert. Trotzdem wurden nach dem Frankensystem zwischen 1870 und 1892 Goldmünzen im Wert von acht Gulden – die 20 Franken entsprachen – und im Wert von vier Gulden – die zehn Franken entsprachen – geprägt.<sup>19</sup> Es sicherte ein ungünstiges Edelerz-Wertverhältnis, da infolge der Wertfluktuationen riesiger Nutzen abgeschöpft werden konnte. Die Franzosen und die Vereinigten Staaten übten auch auf das Preußische Königreich Druck bezüglich des Beitritts zur Union aus.<sup>20</sup> Die Preußen führten Verhandlungen mit der französischen Regierung über den Beitritt in die Lateinische Münzunion, aber dies führte zu keinem Ergebnis.<sup>21</sup>

#### 4. Die Pariser Münzkonferenz im Jahr 1867

Der Ort der Verhandlungen über die Gründung der Union war Paris, wo 1867 im Rahmen der Weltausstellung Frankreich eine Finanzkonferenz organisiert wurde. Dieses Ereignis gab den europäischen Staaten zum ersten Mal die Möglichkeit, über ihre Währungspolitik zu diskutieren.

---

<sup>16</sup> Flandreau, Marc, *The Glitter of Gold. France, Bimetallism, and the Emergence of the International Gold Standard, 1848-1873*, (New York: Oxford University Press 2004) 28.

<sup>17</sup> Ciepielewski, Jerzy – Kostrowicka, Irena – Landau, Zbigniew – Tomaszewski, Jerzy, *A világ gazdaságtörténete a XIX. és a XX. században* [Die Geschichte der Weltwirtschaft des 19. und des 20. Jahrhunderts], (Budapest: Kossuth Könyvkiadó 1974) 121.

<sup>18</sup> Dr. Sára János: *A Habsburg uralkodók kora és pénzverése Magyarországon, 1526-1918*, [Die Zeitalter Habsburger Herrscher und ihre Münzprägung], (Budapest: Magyar Éremgyűjtők Egyesülete 1991) 424.

<sup>19</sup> Kamitz, Reinhard, *Die Österreichische Geld- und Währungspolitik von 1848 bis 1948*, In: *Hundert Jahre Österreichischer Wirtschaftsentwicklung 1848-1948*, hrsg. von Mayer, (Wien: Hans Springer Verlag 1949) 143.

<sup>20</sup> Bundesarchiv R 1401 Reichskanzleramt, Brief Botschafter Friedrich von Gerolt an Otto von Bismarck-Schönhausen. Washington, den 21. Dezember 1868. 93-94. f. Friedrich von Gerolt war ein preußischer Diplomat in Washington von 1844 bis 1848 und von 1849 bis 1871. Siehe auch Enno Eimers, *Preußen und die USA 1850 bis 1867. Transatlantische Wechselwirkungen* (Berlin: Duncker & Humblot Verlag 2004) 16-19.

<sup>21</sup> Thiemeyer, Guido, *Otto von Bismarck, Napoleon III. und die Lateinische Münzunion 1865-1869*, In: *Bankhistorisches Archiv Bd. 28* (2002) 14-15.



Die preußischen und österreichischen Regierungen wurden eingeladen und wollten an der Sitzung teilnehmen. Das von Bismarck geleitete Kabinett sandte zwei Kommissare nach Paris: den Geheimen Regierungsrat des Finanzministeriums, Rudolf Meinecke (1817-1905), sowie den des Handelsministeriums, Karl Herzog (1827-1902).<sup>22</sup> Österreich wurde von Karl Freiherr von Hock (1808-1869) vertreten.<sup>23</sup> Die Sitzung wurde am 17. Juni 1867 eröffnet, an der außer den bedeutenden europäischen Staaten auch die Vereinigten Staaten teilnahmen.<sup>24</sup> Die Vereinigten Staaten waren an der Gründung einer internationalen Münze interessiert. Léonel de Moustier (1817-1869), der französische Außenminister sagte in seiner Eröffnungsrede, dass das gemeinsame internationale Geld der Verstärkung der Handelsbeziehungen dienen würde.<sup>25</sup> Die Konferenz schlug 25 Franken als Basis des gemeinsamen Geldes vor. Dies entspräche dem Wert von – wie in einer vorhergehenden Sitzung in Wien vorgeschlagen – zehn österreichischen Goldgulden. Gleichzeitig entsprach es einem Pfund Sterling und fünf amerikanischen Dollar.<sup>26</sup> Die Sitzung in Paris bereitete eine Reihe von diplomatischen Verhandlungen vor und erreichte, dass fast alle Länder in Europa und die Vereinigten Staaten die Frage des Frankensystems studierten. Tatsächlich wurde bald darauf, 1868 in London, diesbezüglich eine weitere Sitzung abgehalten. Dabei einigten sich die Teilnehmer, dass sie den Gedanken der internationalen Münze unterstützen.<sup>27</sup> Der Gesandte der amerikanischen Regierung sagte aus, dass die Regierung bereit sei, den Wert des Dollars zu senken, damit er dem Wert von fünf Franken entspreche.

## 5. Die Währungsreform des Deutschen Reiches 1871-1873

Im vierten Jahr nach der Gründung der Lateinischen Münzunion gestaltete sich ein Wendepunkt auf politischem Gebiet aus. Im Jahr 1870 brach der deutsch-französische Krieg aus. Am Ende des Konflikts, im Januar 1871, wurde eine neue europäische Macht geboren, infolge deren die Hegemonie von Frankreich auf dem Kontinent aufgelöst wurde. Die Bismarck-Politik hörte mit den

---

<sup>22</sup> GStAPK I. Ha Rep. 151. Finanzministerium IA. Nr. 2124. Heinrich Friedrich August Grafen von Itzenplitz und August von der Heydt an – Otto Graf von Bismarck-Schönhausen, Berlin, den 4. Juni 1867.

<sup>23</sup> Conférence monétaire internationale, Procès-Verbaux, (Paris: Imprimerie impériale 1867) 1.

<sup>24</sup> Reti, Steven P., *Silver and Gold. The Political Economy of International Monetary Conferences, 1867-1892*, (Westport – Connecticut – London: Greenwood Press 1998) 33.

<sup>25</sup> Thiemeyer, Guido, *Internationalismus und Diplomatie, Währungspolitische Kooperation im europäischen Staatensystem 1865-1900*, (München: R. Oldenburg Verlag 2009) 44.

<sup>26</sup> Thiemeyer, *Internationalismus*, 45.

<sup>27</sup> Reti, Silver, 47.

früher angewendeten Prinzipien auf und begann einen eigenen Weg.<sup>28</sup> Mit dem Sieg durch die Deutschen entfaltete sich eine neue geldpolitische Richtung, die den Gedanken einer internationalen Münze nicht förderte. Das neue Deutsche Reich war vor allem damit beschäftigt, eine einheitliche eigene nationale Währung zu schaffen. Vor der Vereinigung des Reiches zeigte sich der Partikularismus nämlich auch im Finanzwesen. Lediglich die Existenz des deutschen Zollvereins konnte als eine Zentralisierungsbestrebung gesehen werden, die zur Vereinheitlichung beigetragen hatte. Im Geldwesen waren im Deutschen Zollverein trotzdem getrennte Wege begangen worden: 17 verschiedene Gold- und 66 Silbergeldwährungen waren innerhalb des Verbundes im Zahlungsverkehr.<sup>29</sup> Die preußische Leitung arbeitete zwar schon lange vor der Geburt der Einheit eine Reihe von Entwürfen zur Einführung eines „einheitlichen deutsche[n] Maßsystems betreffend dem Königlichen Staat“ zwischen den Teilnehmern des Bundes aus.<sup>30</sup> Die nationale Einheit brachte dann auch im Finanzwesen Zentralisierung.

Das Deutsche Reich startete einen neuen Prozess: das Silber als Tauschmittel zu verdrängen – das ist die so genannte Demonetisierung aus dem internationalen Zahlungsverkehr – und stattdessen dem Gold die unbegrenzte Herrschaft zu geben. Das Deutsche Reich verpflichtete Frankreich nicht nur, Elsass und Lothringen abzutreten, sondern auch Reparationszahlungen für den Krieg im Wert von fünf Milliarden Goldmark zu leisten.<sup>31</sup> Der eine Teil sollte in Gold, der andere in Wechsel gezahlt werden, die jederzeit in London in Gold eingelöst werden konnten. Das Deutsche Reich verwendete diese Menge, um auf den Goldstandard umzustellen. Im März 1871 legte der Kanzler den zweiten Gesetzesentwurf bezüglich der Münzreform dem Reichstag vor.<sup>32</sup> Die deutsche Regierung hörte mit dem Kauf von Silber schon im Juli 1871 auf. Am vierten Dezember des gleichen Jahres wurde das

---

<sup>28</sup> Kissinger, Henry, *Diplomácia*. [Diplomatie], (Budapest Panem Kiadó 2008) 117.

<sup>29</sup> A nevezetesebb külföldi államok valutaügyének és jegybankrendszerének leírása [Die Beschreibung der Währungs- Angelegenheiten und des Notenbanksystems der namhafteren, ausländischen Staaten], II. kötet [Band 2], 5.

<sup>30</sup> GStAPK I. Ha Rep. 151. Finanzministerium II Nr. 245/1, Graf von Itzenplitz an das Königliche Staatsministerium. Berlin, den 10. October 1863.

<sup>31</sup> Winkler, Heinrich August, *Németország története a modern korban* [Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik], I. kötet [Band 1] (Budapest: Osiris Kiadó 2005) 192-193.

<sup>32</sup> Helfferich, *Die Reform des deutschen Geldwesens*, Band I., 162-163.

Gesetz zur Umstellung auf den Goldstandard beschlossen.<sup>33</sup> Der Name der neuen Geldeinheit wurde Mark. Das frühere Geld, der Taler, stand im Verhältnis drei zu eins zur neuen Währung Mark.

Das Gesetz aus dem Jahr 1871 sagte deutlich, dass die Grundlage der Währung des Kaiserreiches das Gold wurde. Das Wertverhältnis von Gold und Silber wurde festgestellt, ähnlich zum Bimetallsystem der Lateinischen Union im Verhältnis eins zu 15,5. Man begann mit dem Prägen von Zehn- und Zwanzig-Markstücken in Gold. Der Wert einer Mark ist 100 Pfennig. Ab dem Jahr 1873 wurde die neue Währung mit Gold vollkommen kompatibel. Diese Maßnahme verwendete man, um das Finanzwesen zu stabilisieren und die Mark als internationales Zahlungsmittel zu akzeptieren.<sup>34</sup> Das Gesetz am 9. Juli 1873 pragmatisierte das Inumlaufsetzen der Gold-Reichsmark.<sup>35</sup> Vom Gesichtspunkt der Reform ist die personelle Kontinuität der Position des Finanzministers von hervorgehobener Bedeutung: es war Otto von Camphausen (1812-1896), der zuvor in der preußischen und dann in der kaiserlichen Regierung von 1869 bis 1878 Finanzminister war.<sup>36</sup> Parallel zur Münzreform wurde die Reichsbank gegründet, die ab 1. Januar 1876 ihre Arbeit aufnahm. Die Mark wurde damit endgültig zum gesetzlichen Zahlungsmittel. Die deutsche Goldmark hatte zudem viele namhafte Unterstützer. Von hervorragender Bedeutung war Ludwig Bamberger (1823-1899), der als Gegenspieler Bismarcks bekannt war und trotzdem eine wichtige Stellung einnahm. Bamberger, den man als den Vater der Goldwährung bezeichnen könnte, wurde mit seiner Arbeit „Das Reichsgold“ (1876) bekannt und übte bei der Pariser Münzkonferenz 1878 und 1881 großen Einfluss aus.<sup>37</sup>

## **6. Die Währungsreform der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1892-1914**

Der größte Verbündete der Österreich-Ungarischen Monarchie war das Deutsche Reich. Zwischen den zwei Staaten gab es nicht nur einen außenpolitischen, sondern auch einen

---

<sup>33</sup> A nevezetesebb külföldi államok valutaügyének és jegybankrendszerének leírása [Die Beschreibung der Währungs- Angelegenheiten und des Notenbanksystems der namhafteren, ausländischen Staaten], II. kötet [Band 2]. 5.

<sup>34</sup> Németh István, A német császárság 1871-1918. Összegzés és dokumentumok [Das Deutsche Reich 1871-1918. Zusammenfassung und Dokumente] (Budapest: L'Harmattan Kiadó 2009) 34.

<sup>35</sup> Wickenburg Márk, A német birodalom valutareformja. [Währungsreform des Deutschen Reiches] (Budapest: Kilián Frigyes Bizománya 1891) 45.

<sup>36</sup> Brunck, Helma, Bismarck und des Preußische Staatsministerium 1862-1890, (Berlin: Duncker & Humblot Verlag 2004) 345.

<sup>37</sup> Bamberger, Ludwig, Reichsgold: Studien über Währung und Wechsel, (Leipzig: Brockhaus 1876)

wirtschaftspolitischen Verbund. Die Monarchie brachte daher bei der Vorbereitung ihrer eigenen Währungsreform an der Wende der 1880-1890er Jahren auch das Muster der deutschen Mark in Anschlag.<sup>38</sup> Nach dem Ausgleich begann ein Teil der politischen Elite Ungarns einen Kampf gegen eine gemeinsame Notenbank, die bis 1878 als Österreichische Nationalbank und sodann als Österreichisch-Ungarische Notenbank agierte. Die Verpflichtung der Österreichischen Nationalbank, Gold zum Nennwert des Geldwertes ausbezahlen zu müssen, war seit 1859 aufgehoben. Ungarische Kritiker freilich verlangten die Gründung einer selbständigen, ungarischen Bank.<sup>39</sup> Die Österreicher wollten jedoch davon nichts wissen. Insbesondere das Recht, Banknoten zu emittieren, sollte nicht an Budapest abgetreten werden. Eine allgemeinere Forderung aller Beteiligten war die volle Konvertibilität, das heißt, Banknoten sollten unbeschränkt in Gold gewechselt werden können.

Der Ausgleich im Jahr 1867 konnte bezüglich der Währungsreserve Aufklärung schaffen. Das Ausgleichsgesetz beinhaltete das Ansinnen auf die Umstellung der nationalen Währungen auf Gold, aber darauf musste man, wie im Ausgleichsgesetz festgehalten, 25 Jahre warten. Die Regierungen mussten freilich sehr viele Vorbereitungen treffen, um die Währung auf eine stabile wirtschaftliche Basis stellen zu können: beispielsweise die Verringerung und Aufhebung des Staatshaushaltsdefizits, eine zeitgemäße Steuerpolitik, eine Steuerreform, das Sanieren des Budgets, eine positive internationale Zahlungsbilanz, und eine Steigerung der Goldreserven.

Inzwischen haben sich die Länder in Westeuropa auf das Geldsystem mit Goldstandard, der stabiler war, umgestellt. In Ungarn versuchten auf politischer Ebene die Finanzminister Menyhért Lónyay (1822-1884), Kálmán Széll (1843-1915) und Graf Gyula Szapáry (1832-1905) – Politiker, die alle später Ministerpräsidenten wurden –, das Gleiche, aber ohne Erfolg. Es gab lediglich Versuche in den 1870er und 1880er Jahren, aber die Zeit war noch nicht reif für die Umstellung auf den Goldstandard. Das Reich spürte jedoch die Notwendigkeit nach Reformen: man brauchte Veränderungen in dem zu bewertenden Silber- und Papiergeldsystem. Nach der 1878 erfolgten Okkupation Bosniens konnte die Monarchie erneut nicht die wirtschaftlichen Grundlagen für eine bessere Absicherung der Währung schaffen. Sie begann nämlich aufzurüsten, was nun wieder Geld kostete.<sup>40</sup> Keine

---

<sup>38</sup> Magyar Országos Levéltár [Ungarisches Staatsarchiv], K 27. Minisztertanácsi jegyzőkönyvek [Protokoll des Ministerrates], 1891. január 15. 6. pont

<sup>39</sup> Katus, A tőkés gazdaság fejlődése [Die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft], 963.

<sup>40</sup> Diószegi István, Az Osztrák-Magyar Monarchia külpolitikája. 1867-1918 [Außenpolitik der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. 1867-1918] (Budapest: Vince Kiadó 2001) 72-73.

genügende, gesonderte Geldsumme stand der Reform zur Verfügung, da der größte Teil der Ausgaben für die Rüstung verwendet wurde. Auch deswegen schloss das Budget mit einem Defizit, trotz gegenteiliger Pläne der Regierung, Einnahmen zu erhöhen und Ausgaben zu senken. Inzwischen durfte von einer selbständigen Notenbank nicht die Rede sein, sondern eine Kompromisslösung wurde geboren: im Jahre 1878 wurde die binationale Österreichisch-Ungarische Bank patentiert.<sup>41</sup> Zur Währungsreform brauchte man Gold in beträchtlicher Menge, aber das Goldasio war so hoch, dass man an die Reform weiterhin nicht denken konnte. Unter solchen Umständen konnten die Regierungen nichts anderes tun, als den Anspruch auf die Einführung des Goldwertes in dem Gesetz des Jahres 1887 im Kontext der Verlängerung des Zoll- und Handelsverbundes zwischen Österreich und Ungarn erneut auf die lange Bank zu schieben. Insbesondere für den während der gesamten 1880er Jahre amtierenden österreichischen Finanzminister Julian Dunajewski (1821-1907) war die Umstellung auf die goldbasierte Währung nur von nachrangiger Bedeutung.<sup>42</sup>

In der Monarchie spürte man trotzdem immer mehr die Nachteile der ungeordnet gelassenen Währung. In der früheren ökonomischen Fachliteratur tauchten zahlreiche Lösungsmöglichkeiten bezüglich der Währungsreform auf.<sup>43</sup> Um in der Monarchie eine Währungsreform durchführen zu können, beziehungsweise um die nötigen Vorbereitungen der Währungsregelung zu treffen, musste man bis zur Berufung von Sándor Wekerle zum Finanzstaatssekretär und dann zum Finanzminister warten, der ein entschiedener Befürworter der goldbasierten Währung war.<sup>44</sup> Die Währungsreform eines Reiches kann natürlich nicht als Ergebnis der Arbeit eines einzelnen Menschen durchgeführt werden. Zu diesem langen Prozess brauchte man mehrere Politiker und Fachmänner, wie zum Beispiel die österreichischen Finanzminister Emil Steinbach (1846-1907) und Ernst von Plener (1841-1923) oder den Bankier Zsigmond Kornfeld (1852-1909). Zum Erfolg der Reform trug auch bei, dass Kaiser Franz Joseph Universitätsprofessor Dr. Gyula Kautz (1829-1909), einen früheren Vizegouverneur, im März 1892 zum Hauptgouverneur der Österreichisch-Ungarischen Bank berief.

---

<sup>41</sup> Kövér, György – Pogány, Ágnes, *Die binationale Bank einer multinationalen Monarchie. Die Österreichisch-Ungarischen Bank (1878-1922)* (Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2002) 69-70.

<sup>42</sup> Matlekovits Sándor, *Wekerle Sándor emlékezete*. [Erinnerung an Sándor Wekerle], (Budapest: Magyar Lap-és Könyvkiadó Rt. 1922) 21.

<sup>43</sup> Hertzka Tivadar: *A valutakérdés magyar szempontból*. [Die Währungsfrage in ungarische Aspekt], (Budapest: Révai 1889) 92-209.

<sup>44</sup> Geyr, Géza Andreas von: *Sándor Wekerle 1848-1921. Die politische Biographie eines ungarischen Staatsmannes der Donaumonarchie, Südosteuropäische Arbeiten 91.*, (München: R. Oldenbourg Verlag 1993) 87. 94.

Er war ein Befürworter der Goldwährung.<sup>45</sup> Wekerle sprach schon in seinem Wahlprogramm über das zu erreichende Ziel, die Einführung der Goldwährung, und beteiligte sich dank seiner Position als Staatssekretär, später als Minister sehr intensiv an der Arbeit.

Zwischen dem 8. und 10. März 1892 vollzog sich die so genannte ungarische Währungsenquête<sup>46</sup> in Budapest unter Mitwirkung von 22 eingeladenen Fachleuten. Die österreichische Enquête tagte in Wien zwischen dem 8. und 17. März mit mehreren Eingeladenen und 35 Experten. Der Vorsitzende war Emil Steinbach.<sup>47</sup> Die Österreicher diskutierten über die gleiche Frage wie die Ungarn im Interesse der entsprechenden Umsetzung der Währungsregelung. Nach längerer Planung, am 2. August 1892, wurden sowohl die ungarischen als auch die österreichischen Gesetzesentwürfe legalisiert. Als Ergebnis der Regelung stellte die Monarchie ihre Währung auf Goldstandard um, obwohl für die komplette Durchführung mehr Zeit in Anspruch genommen werden musste. Die Münzen zu zehn und 20 Kronen des neuen Geldes (die in 100 Groschen geteilte Krone) enthielten 900 Teile Gold und 100 Teile Kupfer. Aus einem Kilogramm Gold konnten 3280 Kronen geprägt werden. Im Zahlungsverkehr blieben die Papiergelder mit österreichischem Wert. Aber beide Staaten verpflichteten sich, Silbergeld mit österreichischem Wert nicht zu prägen. Die Goldkronenmünzen zu 20 und 10 Kronen wurden in unbegrenzter Menge geprägt. Danach einigten sich die beiden Länder von 1892 an und erneut von 1912 bis 1927 auf das Prägen von 200 Millionen Stück Silbermünzen zu einer Krone im Wert von 60 Millionen Kronen; Nickelmünzen zu 20 und zehn Groschen; sowie im Wert von 26 Millionen Kronen Bronzemünzen zu zwei und einem Groschen. 30 Prozent des Geldes, das geprägt werden konnte, ist auf die Länder der Ungarischen Krone gefallen. Nur der erste Schritt der Währungsregelung wurde im Jahr 1892 verwirklicht. In den Jahren 1894 und 1899 brauchte man weitere gesetzliche Regelungen.<sup>48</sup> Die technische Abwicklung der Umstellung auf das Kronensystem erfolgte in zwei Schritten. Während der Umstellung wurden die im Zahlungsverkehr befindlichen Staatsnoten eingezogen und statt ihnen wurden Silbergeld und Banknoten emittiert. Während dieser Zeit wurde die von den Regierungen zur Verfügung gestellten Goldreserven in Besitz genommen. In der Zeitperiode zwischen 1894 und 1899 wurde der

---

<sup>45</sup> Földes Béla: Kautz Gyula emlékezete. [Erinnerung an Gyula Kautz], (Budapest: Magyar Tudományos Akadémia 1911) 13.

<sup>46</sup> Enquête = Französisches Wort. Bedeutung: Enquete, Treffen, Umfrage, Konferenz.

<sup>47</sup> Stenographische Protokolle über die vom 8. bis 17. März 1892 abgehaltenen Sitzungen der nach Wien einberufenen Währungs-Enquête-Commission. (Wien: aus der kaiserlich-königlichen Hof- und Staatsdruckerei 1892) 2.

<sup>48</sup> Kamitz, Das Österreichische Geld, 1949. 154-155.

bedeutende Teil der Staatsnoten auf Goldkronen umgestellt, sowie mit Banknoten getauscht. Die Krone wurde ab dem 1. Januar 1900 ausschließliches Zahlungsmittel.<sup>49</sup>

Das Deutsche Reich erfuhr bis 1889 über die Pläne der österreichisch-ungarischen Valuta-Regulierungen und bemühte sich, die sich noch im Zahlungsverkehr befindlichen Vereinsthaler einzuziehen. Der deutsche Finanzminister Johannes Miquel (1828-1901) und Emil Steinbach sowie Sándor Wekerle hatten sich gemeinsam über den Einzug von Silbergeld, das einen Wert von mehreren Millionen Kronen hatte, abgestimmt. Hinsichtlich der Finanzminister kann gesehen werden, dass im österreichischen Reichsteil ein häufiger Wechsel in der Bekleidung des Amtes vor sich ging: Julian Dunjewski 1880-1891, Emil Steinbach 1891-1893, Ernst von Plener 1893-1895 und Leon Bilinski 1895-1897. Dabei hatten die Finanzminister oft verschiedene nationale Interessen der westlichen Reichshälfte auszugleichen – ein Umstand, der einer kontinuierlichen Geldpolitik nicht unbedingt förderlich war. In Ungarn besetzte Sándor Wekerle auch in der Zeit, als er bereits Ministerpräsident war, weiterhin die Position des Finanzministers von 1889 bis 1895. Wekerle nahm 1893 László Lukács (1850-1932) als Finanzstaatssekretär zu sich, und nach dem Ende seiner Regierung empfahl er ihn persönlich dem neuen Ministerpräsidenten Dezső Bánffy (1843-1911) und blieb auch im neuen Kabinett – sowie in Folgekabinetten – an seinem Platz.<sup>50</sup> Lukács besaß seine Position zehn Jahre lang von 1895 bis 1905. Somit war auf ungarischer Seite durch Wekerle und Lukács eine personelle Kontinuität mit zwei entschiedenen Befürwortern der Goldwährung gewährleistet.

## 7. Vergleichende Analyse

Im letzten Kapitel meiner Arbeit versuche ich, nach bestimmten Gesichtspunkten die Währungsreform der zwei Reiche miteinander zu vergleichen. Ich analysiere die Reformen, die zeitlich und örtlich voneinander abweichen, beziehungsweise die in ihrer Verwirklichung unterschiedliche Elemente enthalten, nach von mir ausgewählten Segmenten. Ich suche nach Ähnlichkeiten und Unterschieden und bin neugierig, ob die abweichende wirtschaftliche Entwicklung der zwei Regionen oder die finanziellen Umstände das Ergebnis bestimmen.

---

<sup>49</sup> Pressburger, Siegfried, *Das Österreichische Noteninstitut 1816 – 1966*, Zweiter Teil, Zweiter Band, *Die Österreichisch-Ungarische Bank*, Im Auftrage der Österreichischen Nationalbank., (Wien: hrsg. von der Österreichischen Nationalbank 1972) 911.

<sup>50</sup> Hanák Péter, *A dualizmus válságának kezdetei a 19. század végén* [Die Anfänge der Krise des Dualismus am Ende des 19. Jahrhunderts], In: *Magyarország története 1890-1918*. [Geschichte Ungarns 1890-1918], I. kötet. [Band 1], hrsg. von Hanák Péter, (Budapest: Akadémiai Kiadó 1978) 150.

1. Was versteht man unter der deutschen „Münzreform“ und was bedeutet die österreichisch-ungarische „Valuta-Regulierung“? Bis zur Geburt des einheitlichen Deutschlands können wir nicht über Staatlichkeit sprechen. Nach der Geburt eines im Grunde genommen neuen Staates wurde ein brandneues Geldsystem mit der Gestaltung neuer Gesetze geschaffen, mit dem die wirtschaftliche Entwicklung gefördert wurde, die zur Erhöhung des Lebensniveaus der Gesellschaft, beziehungsweise zum wirtschaftlichen Wachstum eindeutig beigetragen hat. Bezüglich der Österreichisch-Ungarischen Monarchie können wir nicht über die Geburt eines neuen Nationalstaates sprechen, sondern eher über ein heterogenes Riesenreich. Im Gesetz über den Ausgleich 1867, in Paragraph 12, wurde der Entschluss auf die Umstellung auf Goldwährung gefasst. Darauf musste man aber 25 Jahre warten, damit es gesetzlich geboren werden konnte, aber auf die gänzliche Verwirklichung musste man bis 1914 warten. Auch die völlige Konvertibilität mit Gold konnte nicht gewährleistet werden, weswegen das System nicht komplett war.

Der Begriff „Münzreform“ ist lediglich ein anderer Begriff für die Währungsregelung, die im Deutschen Reich stattfand. Nach dem Gesetz aus dem Jahre 1871 wurde die Reichsgoldwährung im Jahre 1873 nur in ihrer Benennung eine Goldwährung, aber die ‚reine‘ Goldwährung konnte bis 1914 nicht realisiert werden. Über beide Reformen kann gesagt werden, dass sie ein neues und von den früheren Systemen in vielem abweichendes System ausgestalteten. Die österreichische Valuta-Regulierung wollte in dem in einer Unordnung gelassenen Geldsystem eine transparente und berechenbare, der Volkswirtschaft dienende Geldstruktur zugrunde legen. Das Deutsche Kaiserreich begann am Ende der Reform mit der vollen Konvertibilität, die Monarchie verzögerte es, startete es dann jedoch bis 1914.<sup>51</sup>

2. Was nennen wir „hinkendes Goldwährungssystem“ und wie hat es in den Reichen funktioniert? Die *hinkende Goldwährung* (englisch *limping standard*) ist diejenige Währung, bei der das gesetzliche Zahlungsmittel nur aus Metall hergestellt wurde, aber von irgendeinem Geldsystem übrig blieb, wobei die aus einem anderen Metall hergestellten Münzen in unbegrenzter Menge im Verkehr akzeptiert werden können. Die Benennung ‚hinkende‘ Goldwährung weist auf die Eigenschaft des Goldstandardsystems hin, dass der gegebene Staat offiziell neben dem Golderz auch das Silber als gesetzliches Zahlungsmittel anerkannte. Infolge der Senkung des Weltpreises des Silbers, die wegen

---

<sup>51</sup> Hemetsberger-Koller, Hildegard, Emil Steinbach und die Valutareform, In: Glanz und Elend der altösterreichischen Bürokratie. Emil Steinbach in seiner Zeit, hrsg von Fritz, Wolfgang, Austria: Forschung und Wissenschaft – Soziologie. Band 6., (Wien – Berlin: Lit Verlag 2007) 73.



der billigen Silberausbeutung der amerikanischen Bergwerke ab den 1870er Jahren geschah, verlor es an Wert. Gleichzeitig hat daneben der Preis des Golderzes eine relative Stabilität bedeutet. Dieser Umstand sollte der praktischen Erfahrung dienen, nach der es sich für diejenigen Länder, die über riesige Silberreserven verfügten, nicht gelohnt hätte, ihr Silber unter dem Preis zu verkaufen. Deshalb konnten sie das reine Goldwährungssystem nicht etablieren. Die Österreichisch-Ungarische Monarchie beispielsweise verfügte über Silberreserven in Höhe von 260.575 Millionen Gulden. Somit kann es nicht auf prinzipielle, sondern auf praktische Gründe zurückgeführt werden, dass sie im Zahlungsverkehr gehalten wurden.<sup>52</sup> Diese Probleme hätte man in dieser Zeitperiode des 19. Jahrhunderts ohne massive Verluste nicht lösen können, da der Preis des Silbers so tief war, dass im Nennwert das ihm ähnliche Papiergeld über mehr Wert verfügte.

3. *Was für eine Rolle haben die Nationalbanken in diesen Systemen gespielt?* Eine der wichtigsten Fragen war die Angelegenheit der Notenbanken. Die Notenbanken sind mit staatlichem Monopol versehene Zentralbanken, die berechtigt waren, gesetzliche Banknoten auszugeben. Der Vergleich ist hier auch ziemlich schwer, da die Gründung der zwei Banken voneinander abweicht, aber sie sind beinahe in einer Zeit im Dienst des jeweiligen Reiches standen (Reichsbank ab 1876, Österreichisch-Ungarische Bank ab 1878). Die Königlich-Preußische Hauptbank wurde 1846 gegründet. Nach dem Zustandekommen der Einheit wollte man gleichzeitig die Reichsbank errichten, die ab 1. Januar 1876 die Rolle der Zentralbank übernahm.<sup>53</sup> Allerdings hatten andere Banken das Recht, Geld zu emittieren. Die Umstände wurden von der Wirtschaftskrise im Jahr 1873 erschwert, dann auch von der danach folgenden Depression. Bei der Gründung nahmen Adalbert Delbrück (1822-1890) und Ludwig Bamberger aktiv teil.<sup>54</sup> Sie förderten mit ihrem Fachwissen den Start der verschiedenen Rollen der Bank. Beispielsweise bat Hermann Friedrich Alexander Dechend (1814-1890), der der Präsident der Reichsbank war, den Fachmann Ludwig Bamberger um Hilfe. Der Girozahlungsverkehr geht beispielsweise auf Bamberger zurück.

Das Österreichische Kaiserreich hatte seit 1816 eine Notenbank, beziehungsweise wurde in dieser Zeit die Österreichische Nationalbank gegründet. Nach dem Ausgleich mussten die Ungarn elf

---

<sup>52</sup> Fellner, A valuta rendezése Magyarországon [Die Währungsreform in Ungarn], 105.

<sup>53</sup> Born, Karl Erich, Der Ausbau der Reichsinstitutionen und das Notenbankproblem: Die Herstellung einer Währungseinheit und die Entstehung der Reichsbank, In: Bismarck und seine Zeit, hrsg. von Kunisch, Johannes, Beiheft 1, (Berlin: Duncker & Humblot Verlag 1992) 276.

<sup>54</sup> Gall, Lothar, Die Deutsche Bank von ihrer Gründung bis zum Ersten Weltkrieg 1870-1914, In: Die Deutsche Bank 1870-1995. hrsg. von Gall, Lothar – Feldman, Gerald D. – James, Harold – Holtfrerich, Carl-Ludwig – Büschgen, Hans, E., (München: Verlag C. H. Beck 1995) 4-7.

Jahre auf das Patent der gemeinsamen Notenbank, der Österreichisch-Ungarischen Bank im Jahr 1878 warten, dann 25 Jahre auf das Berufen des ersten Generalgouverneurs mit ungarischer Herkunft. In der Monarchie hatte nur die Zentralbank eine Banknoten emittierende Funktion. Die Rolle der zwei Notenbanken war in den Währungsreformen darin abweichend. Während sich die Deutschen intensiv bemühten, die Notenbank in den Dienst des neuen Geldes – beziehungsweise auch umgekehrt – zu stellen, hatten die Österreicher zunächst überhaupt Schwierigkeiten, eine gemeinsame Notenbank zu patentieren. Am Anfang war die Valuta-Regulierung nicht im Interesse der Österreichisch-Ungarischen Bank, aber die Fachleute der Notenbank sahen mit der Zeit ein, dass sie für das Reich kein großes finanzielles Opfer bedeutete.

**Donau-Institut Working Papers**  
**ISSN 2063-8191**

---

**Kopien können bestellt werden bei:**

Universitätsbibliothek  
Andrássy Universität Budapest  
PF 1422  
1464 Budapest  
Hungary

Besuchen Sie uns auf unserer Homepage unter <http://www.andrassyuni.eu/donauinstitut>. Wir machen sie darauf aufmerksam, dass wir die Weitergabe des entsprechenden Working Paper einstellen, falls eine revidierte Version für eine Publikation an anderer Stelle vorgesehen ist.